

Das Feuer brennt weiter

Wir berieten uns, die Stadt zu verlassen. Wir konnten uns nicht einigen. So sind wir geblieben, endet ein Text über die Frauen der Stadt Wien, den ich für ein gemeinsames Projekt mit dem New Yorker Bildhauer und Fotografen Bill Barrette geschrieben habe. Gut möglich, statt *die Stadt: den Staateinzufügen*. Die Frauen dieses Staates hätten wahrlich genug Grund, sich solidarisch auf Formen des Widerstandes gegen patriarchale Selbstherrlichkeit zu einigen. Daß dies bis jetzt nur ansatzweise geglückt ist und deshalb eine Prolongierung bestehender Verhältnisse mit kosmetischen Korrekturen seit Jahr und Tag am Programm steht, ist eine Schattenseite. Sie verdunkelt die kleinen und auch großen Triumphe weiblicher Emanzipation. Zu den großen zähle ich das am Ende des Jahrhunderts liegende Frauenvolksbegehren, das erste dieser Art in einem demokratischen Europa, das, von einer kleinen Gruppe parteipolitisch ungebundener Frauen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Lebenszusammenhänge gemeinsam ausgedacht, in die Wege geleitet und mit einer großen Zustimmung der österreichischen Bevölkerung ausgestattet wurde. Die damit verbundene Enttäuschung ist die konsequente Ignoranz der regierenden Parteien. Doch zu diesen später.

Als Frau hätte ich eine ganze Menge bedeutsamster Ereignisse in diesem zu Ende gehenden Jahrhundert zu feiern. Manche Zeitgenossinnen, wenn auch jetzt bereits an ihrem Lebensende stehend, gehören zu den ersten Frauen, die in Österreich das Wahlrecht bekamen. 1919 zogen die ersten acht Frauen ins österreichische Parlament. Eine davon, Adelheid Popp, thematisierte übrigens bereits 1896 eine Frauenquote in den Parteigremien, eine Frage, die sich als Dauerbrenner erweist. Aber die Notwendigkeit, das Feuer für Dauerbrenner in Frauenfragen in sich zu tragen, scheint überhaupt Teil der Frauengeschichte im Patriarchat zu sein. Während Männern (in welchen Abstufungen oder Schritten auch immer) das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt wurde, mußten Frauen rund um die Welt Extrakämpfe ausfechten, Jahrzehnte und generationenlang Energien einsetzen, bis es schließlich für sie ebenfalls möglich war zu wählen. Während Männern seit Jahrhunderten Zugang zu höchster Bildung an Universitäten hatten, sind gerade einmal hundert Jahre vergangen, seit die erste Frau an der Universität Wien als Ärztin promovierte – natürlich in einem doppelt so schweren Verfahren. Gabriele Possanner hatte zwar die Lehrerinnenbildungsanstalt in Wien absolviert, dieses Reifezeugnis ermöglichte ihr aber nur den Unterricht an Volksschulen und Kindergärten. Als Externistin bereitete sie sich auf die Matura im Akademischen Gymnasium vor, die sie zwei Jahre nach der ersten Matura, im Jahre 1887 ablegte. Im Gegensatz zu den Knaben mußte die Mädchen vor der Kommission Prüfungen über alle Fächer mündlich ablegen. Allerdings enthielt das Maturazeugnis, der damaligen Rechtslage entsprechend, keine Vermerk der Reife und damit des Zuganges zur Universität. Diese Bestimmung fiel erst 1901. Possanner war genötigt, in die Schweiz zu gehen, wo Frauen zwar studieren durften, ihnen aber der Zugang zu öffentlichen Ämtern verwehrt blieb. Hier mußte Possanner eine inländische Matura nachweisen, um zu den Universitätsprüfungen zugelassen zu werden. 17 Tage nach ihrer dritten Maturaprüfung legte sie bereits die erste Staatsprüfung ab. Die Promotion erfolgte 1894. Um in der Heimat eine Praxis eröffnen zu können, hatte Possanner aber noch einen Marathon vor sich. Zunächst mußte sie ein Gesuch an das Ministerium für Kultus und Unterricht um Zulassung als Volontärärztin an der 1. geburtshilflichen Klinik einreichen, dann um die Nostrifikation ihres Doktorates ansuchen, eine Petition an das Abgeordnetenhaus um Unterstützung beim Eröffnen einer eigenen Praxis einreichen und schließlich ein Gesuch an Kaiser Franz Joseph um gnadenweise Zulassung als Ärztin richten. Als Folge des positiven Entscheids durch den Kaiser kam es 1896 zu einem Erlaß, daß auch Frauen ihr im Ausland erworbenes Doktordiplom nostrifizieren lassen können. Aber selbst nun waren noch Hürden aufgebaut: Voraussetzung einer Nostrifikation war, daß sämtliche Rigorosen und praktische Prüfungen wiederholt wurden. Gabriele Possanner bestand alle, und am 2. April 1897 wurde sie das zweite Mal, nun im Festsaal der Universität Wien, promoviert.

Von den Hindernissen, die Frauen auf dem Weg zur akademischen Bildung aufgehäuft fanden, sind die legistischen inzwischen weggeräumt, der Bildungszugang über höhere Schulen, die zum Studium berechtigen, ist beiden Geschlechtern offen, und die Zahlen der Erstinskribierenden an den österreichischen Universitäten zeigen, daß inzwischen mehr als die Hälfte Frauen sind. Statt an klar ersichtliche Hürden stoßen Frauen aber nun an die *gläserne Decke*, die den Aufstieg im akademischen Wissenschaftsbetrieb so zu beeinflussen vermag, daß trotz der hohen Studentinnenzahlen der Frauenanteil in der Professorenschaft noch immer nur 4% beträgt.

Der erste Schub der Frauenbewegung, die Grundlagenrechte wie das Wahlrecht oder Zugang zur Bildung forderte und auch erkämpfte, wurde durch die diktatorischen Regime des Austrofaschismus

und des Nationalsozialismus isoliert, und es dauerte bis in die 70er Jahre des Jahrhunderts, daß eine neue emanzipatorische Bewegung aus dem Schatten bürgerlich-christlicher Spieß- oder Demuthaltung aufbrach. In Österreich war der Umbruch nach 68 durch die StudentInnenrevolten recht maßvoll. Der Amtsantritt Kreiskys ermöglichte ein Klima der Neugier und auch des Respekts vor emanzipatorischen Bewegungen. Emanzipation war damals ein Begriff, zu dem sich die SozialistInnen noch hingezogen fühlten, während die meisten SozialdemokratInnen heute das Wort wie ein historisches Relikt zurückgelassen haben. Der Aufbruch begann in den 70ern. Und dann war die Frauenbewegung wieder da. Und sie war provokant und klein und äußerst mutig. Zwischendurch in Latzhosen. Das *Ich bin das kleine Mädel, das wartet auf den Ederl*-Spiel wurde von den Feministinnen als Rollenbild abgewunken, das Umsetzen des Ausstiegs aus den althergebrachten Rollen fiel manchen im eigenen Leben schwerer. Es ging ja schließlich bei der Frauenpolitik immer um tiefst ideologische Gesellschaftspolitik, bei der es weder eine Aus-Zeit noch ein Aus-Feld gibt. *Das Private ist politisch* riefen die Demonstrantinnen und meinten damit, daß sie zwar die Kinder auf die Welt bringen durften, aber im Falle des Todes des Kindsvater die Mutter keineswegs automatisch zum Vormund ihres Kindes wurde, sondern der Staat die unverzichtbare Vater-Rolle einnahm. Sie meinten damit, daß man sie als alleinstehende Mütter zwar im Stich ließ, weder Kinderbetreuung noch finanzielle Absicherung vom Staat in lebbarem Ausmaß angeboten wurden, der Staat sich aber anmaßte, mitzubestimmen, daß Frauen jedenfalls ihre Schwangerschaften auszutragen hatten. Sie meinten damit, daß Gewalt zwischen einander unbekanntem Menschen in der Regel zu einer gerichtlichen Verfolgung mit Verurteilung des Schuldigen führen konnte, die Gewalt der Männer gegen ihre Frauen zu Hause in der Regel aber verschwiegen und, falls sie überhaupt vor Gericht kam, freigesprochen wurde. *Das Private ist politisch* war der empörte Schrei von Frauen, die ihre politischen Anliegen als *Privatinteresse* diffamiert fanden.

Und dann kam Johanna Dohnal und heizte ein: den Unverbesserlichen der Männer, die nach traditionellen Rollenvorstellungen die Frauen gerne zu Hause am Herd und bei den Kindern und zu pflegenden Älteren sahen. Den Unverbesserlichen der Frauen, die glaubten, daß, wenn sie sich nur gut genug anpaßten oder nur wenig genug auffielen, ihnen nichts passieren und sie vom bestehenden System profitieren könnten. Und den eigenen ParteigenossInnen. Wie Adelheid Popp. Bloß im 20. Jahrhundert und mit unserem Blick auf Zahlen.

Und dann kam der Erfolg mit Dohnals erzwungenen legislativen Änderungen und dem Aufblühen feministischer Kultur- und Kunstgruppen und ihrer unglaublichen Bereicherung für das gesellschaftliche Leben, selbst für jene, die so etwas prinzipiell nicht wahrnehmen und nur die Transformationen weiter weg vom Ursprung erfahren. Die Bedingungen für die feministische Bewegung waren nie wirklich gut: Feminismus wurde in den Medien gerne als Selbstüberhöhung von Frauen, die alle Männer kastrieren wollen, dargestellt, Feministinnen wurden als häßlich und hysterisch beschrieben, und wenn eine Feministin sympathisch wirkte, vergaßen die Medien selten den Beisatz *Emanze ist sie keine*, so als rette man ihre Ehre mit dieser Distanzierung. Feminismus war spannend, weil das Establishment von den versprengten Töchtern erzählen konnte, deren Exaltiertheit geradewegs zur Verbannung ins Höhere Töchterinstitut führen würde. Zum Glück hatte die erste Frauenbewegung bereits eine Vielzahl von bürgerlichen Rechten auch für die Frauen erkämpft, und die feministische erkämpfte weitere. Aber es war mühsam, und im Establishment tauchten neue Gesichter auf. Ein Zuzug der Banker, Großgrundbesitzer, Wirtschaftswissenschaftler in die erste Reihe der Schulklasse veränderte die Lehrinhalte. Begriffe wie Frauengleichberechtigung, emanzipatorische Bewegungen oder gar Solidarität wurden in den Appendix des Wörterbuches der Politik verbannt. Nur in manchen Niederungen der SPÖ-Sektionen scheint man noch die alten Bücher zu benützen.

Weg mit der Solidarität, mit der Frauengleichberechtigung, mit Emanzipation in den 90ern. Die Frauenbewegung war immer besonders spannend, weil sie so bunt war. Anders formuliert: ihre Heterogenität verhinderte zwar, daß sie zentral bedroht und demontiert werden konnte, behinderte aber öfter auch ein gemeinsames Auftreten. Eine Feministin und eine Frau der katholischen Frauenbewegung mögen sich darüber einig sein, daß einer Frau, die mit Kinder zu Hause bleibt, Respekt gebührt und ein dem Respekt entsprechender finanzieller Ausgleich. Wahrscheinlich sind sie unterschiedlicher Meinung darüber, ob diese Person nun immer genau die Mutter zu sein hat oder nicht auch der Vater zeitlich umfangreiche Versorgungspflichten vor Ort übernehmen sollte. Hier wird der willige Vater einwerfen, daß dies aus finanziellen Gründen gar nicht ginge, weil er einfach mehr verdient als die Kindesmutter. Und da hakt die feministische Kritik wieder ein. In Österreich funktioniert der Protest so lahm, weil er gestattet ist. Wenn man's anmeldet, kann man jede Woche die Mariahilfer Straße als Schauplatz für seinen Protest nützen. Zuletzt, als dies im Kosovo-Konflikt für die Kaufleute

lästig war, meldeten sie eben selbst mit Unterstützung Demonstrationen an. Es muß ja keiner mitgehen. Vor allem in Österreich nicht. Eine Demonstration auf der Straße gilt inzwischen als recht altmodisch. Erlaubt ist sie, aber bringen tut sie nichts – was der springende Punkt ist. Sagte Kaiser Ferdinand noch: *Ja dürfen´s denn das?*, gilt heute: *Na das dürfen sie schon!*. Mit einer Betonung auf dem *das*. Der Protest wird artikuliert, die Argumente auf die Straße oder auf Papier geworfen, eine Form von Aufmerksamkeit erreicht. Und dann folgt das Warten.

Das kann lange dauern. Vor allem für die Frauen. Seit in Österreich die große Koalition regiert und sich zwei Parteien gefunden haben, die um den Platz in der *Mitte* buhlen, ist eine Entwicklung eingetreten, die mit dem häßliche Wort Backlash bezeichnet wird. Konkreter müßten man in manchen Bereichen von sozialpolitischen Rückschritten sprechen. Engagierte Entwicklungen, die von der Frauenbewegung – nicht bloß der österreichischen – ausgelöst wurden, kamen ja nicht bloß ins Stocken, sondern wurden teilweise zurückgenommen. Das Sparpaket 96 traf vor allem Frauen: das Karenzgeld wird von zwei auf eineinhalb Jahre gekürzt, Alleinerzieherinnen müssen, um das erhöhte Karenzgeld zu erhalten, den Kindesvater benennen; Frauen, die keinen Kindergartenplatz fürs Kind bekommen und nicht in die Lohnarbeit zurückkehren können, erhalten keine Sondernotstandshilfe; die Geburtenbeihilfe fällt weg; ebenso die Familienbeihilfe bei Studentinnen, die aufgrund der Mutterschaft länger studieren; Pflegegeld gibt´s weniger, bei der Notstandshilfe gelten längere Anwartschaften. Um die Kinderbetreuungsplätze zu erhöhen und die eklatanten Nachteile des Sparpaketes in diesem Punkt zu relativieren, wurde eine Kindergartenmilliarde versprochen. Heraus kamen schließlich unfaßbare 600.000,- Schilling. Dies alles auf der Grundlage, daß Frauen in Österreich 1997 Frauen immer noch bis zu 43 % weniger als Männer verdienten. Männer hatten (und haben) eine Lobby, und sie saß in den Entscheidungsgremien des Staates. Frauen hatten keine Lobby, die Politiker und Politikerinnen verkauften die Fraueninteressen angesichts des zu schnürenden Sparpakets. Sozial Schwächere mußten ihre Opfer bringen, das Bild von der *Mütterlichkeit*, das Frauen zurück ins Haus verweist, wurde als große Illusion wieder beschworen. Politiker aller Couleurs waren sich einig im Wunsch, daß Frauen bei ihren Kindern bleiben können sollten. Es fiel ihnen leicht auszublenden, daß es bei dieser Politik selbst jene, die es sich wünschten, schwer hatten. Aus dieser bedrückenden und verlogenen Situation heraus fanden sich wiederum Frauen zusammen, denen es reichte, die ihre Wut über das selbstherrliche System weder hinunterschlucken wollten noch konnten. Es waren Frauen, die aus unterschiedlichen Lebenszusammenhängen kamen, Frauen, die sich durch Slogans wie *Frauen sollen die Arbeit und die Kinderbetreuung unter einen Hut bringen können*, nicht bloß vertreten, sondern vor allem provoziert fühlten. Von einer gesellschaftlichen Teilung der Arbeit, zu der auch die Kinderbetreuung zählt, wurde und wird in der Parteipolitik allerortens schon wieder zu lange geschwiegen. Wieder einmal schafften es Frauen, aus dem bloßen Wollen heraus, die Energie aufzubringen, eine Gemeinschaft zu bilden. UFF, das UnabhängigeFrauenForum, konstituierte sich schließlich als Verein, um ein Frauenvolksbegehren zu relevanten Punkten der gesellschaftlichen Situation von Frauen in Österreich durchzuführen. Diese kleine Gruppe von Frauen erarbeitete in ihrer spärlichen Freizeit eine Logistik und das Lobbying für die öffentliche Diskussion von 11 Punkten auf der Basis der Forderung „Die Gleichstellung von Frauen und Mädchen ist im Bundes-Verfassungsgesetz zu verankern. Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) verpflichten sich damit zum aktiven, umfassenden Abbau der Benachteiligung von Frauen. Die tatsächliche Gleichberechtigung ist insbesondere durch folgende gesetzliche Maßnahmen herzustellen“ in denen Maßnahmen zur Gleichstellung in wirtschaftlichen und sozialen Belangen in Österreich formuliert sind. Und sie erreichten es durch Überzeugungsarbeit mit allen politischen Parten außer der FPÖ, daß 23 Abgeordnete im Nationalrat durch ihre Unterschrift (8 sind nötig) die Einreichung des Frauenvolksbegehrens im Innenministerium am 29. November 1996 ermöglichten. Das Bekanntmachen der Positionen, die Aufklärungsarbeit gegenüber den Menschen lag allein in der Hand des UFF und seiner Geschicklichkeit und seiner Energie, Unterstützung zu finden. Wer sich hier einklinkte, wer unterstützte, wer dagegen positioniert war, ist in Traude Kogoj's Buch *Lauter Frauen. Hintergründe und Perspektiven des Frauenvolksbegehrens*, 1998, detailliert nachzulesen. Ebenso die Gruppe der Aktivistinnen, die sich fast zur Hälfte aus Alleinerzieherinnen zusammensetzte, ein Drittel der Frauen hatte kein eigenes Einkommen, war *Nur-Hausfrau*, arbeitslos, pensioniert oder geringfügig beschäftigt. Ein Drittel war angestellt, ein weiteres Drittel freischaffend. Die Frauen traten ohne Kapital außer der eigenen Kraft an, für manche bedeutete die Mitarbeit mit ihrem großem zeitlichen Aufwand einen Gang an die Grenzen der finanziellen Reserven. Der Erfolg des Frauenvolksbegehrens, das im April 1997 von 644.977 Österreicherinnen und Österreichern unterschrieben wurde, ist inzwischen bald drei Jahre historische Tatsache. Ebenso die Ankündigungen von Politikern und Politikerinnen zur Umsetzung der Forderungen. Bundeskanzler Klimas Versprechen: *das Frauenvolksbegehren wird Punkt für Punkt umgesetzt* vom 21. April 1997 harrt noch immer der Einlösung. Denn kein einziger der Punkte wurde

Barbara Neuwirth

umgesetzt. Obwohl es zur Behandlung des Frauenvolksbegehrens im Parlament kam und die UFF-Frauen mit immer erneuerter Energie Aktionen um Aktionen setzten, um der Willenskundgebung der Bevölkerung Gehör und Erfolg zu verschaffen, hat sich das männliche Establishment die Privilegien in der Gesellschaft nicht aus der Hand nehmen lassen. Noch immer leisten die Frauen gesamtgesellschaftlich mehr Arbeit und besitzen und verdienen nur einen empörend kleineren Teil des Wohlstandes. Die Strategie der Herrschenden ist dieselbe geblieben: Wer kritisiert, darf reden. Punkt. Damit hat es sich. Und weil das *Damit-hat-es-sich* in bezug auf die Frauen so flächendeckend übers ganze Jahrhundert gilt, ist das Frauenvolksbegehren für mich trotz der Enttäuschung, die das lange Warten auf eine Umsetzung der Forderung auslöst, ein großer Lichtblick. Frauen werden weiterhin nicht schweigen. Die Gleichberechtigung der Frauen ist das große soziale Anliegen der Gegenwart, es betrifft schließlich mehr als die Hälfte der Menschen in diesem Staat. Das Einfordern der Rechte war noch nie so massiv, wie es mittels des Frauenvolksbegehren wurde. Es wurde von Frauen und auch Männern unterstützt. Daß die Gleichberechtigung der Frauen wieder zum Thema wurde, ist nicht den situierten Parteien zu verdanken, sondern einer kleinen Gruppe von Frauen. Danke, ihr Frauen, und uff ins nächste Jahrhundert.

Erschienen als Artikel der PRESSE-Sonderbeilage zur Jahrtausendwechsel im Dezember 1999.